



Volker Schnurrbusch zu CRISPR/Cas (TOP 21):

### **„Forschungsstandort Schleswig-Holstein stärken“**

Kiel, 26. September 2018 **Der Europäische Gerichtshof hat entschieden: Pflanzen, die durch gezielte Veränderungen des Erbgutes durch CRISPR/Cas-Verfahren gezüchtet wurden, fallen unter die EU-Richtlinie für gentechnisch veränderte Organismen (GVO). Volker Schnurrbusch, agrar- und umweltpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, erklärt dazu:**

„Das Urteil ist ein klarer Arbeitsauftrag an die Politik, endlich vernünftige Rahmenbedingungen für diesen Forschungszweig zu schaffen. Das Urteil ist aber auch ein falsches Signal für unsere Landwirtschaft und den Forschungs- und Züchtungsstandort Schleswig-Holstein. Obwohl das Urteil kein Verbot der Technik bedeutet, überprüfen lokale Züchter jetzt ihr Portfolio. In der Folge werden dann oft Aktivitäten ins Ausland verlagert.

Die landwirtschaftlichen Betriebe haben nun nicht die Möglichkeit stressresistente Pflanzen, die weniger empfindlich auf Dürre reagieren, zu nutzen. Etwaige Ausfälle wie durch die diesjährige Hitzewelle wären vermeidbar. Aber durch die ideologische Stigmatisierung der modernen Werkzeuge der Molekularbiologie ist das auf lange Sicht wahrscheinlich nicht möglich. Hier brauchen wir dringend eine professionelle Beratung unserer Landwirte, um ihnen auch in Zukunft vernünftige Produktionsbedingungen zu verschaffen.

Es wird immer schwieriger für die hiesigen Pflanzenzüchter im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Die konventionelle Züchtung allein kann auf Dauer nicht die Lösungen bringen. Herkömmliche Züchtung ist weniger flexibel, langsamer und viel teurer.

Das größte Problem jedoch, das ich sehe ist: CRISPR-Pflanzen und Saatgut können nur schwer oder kaum identifiziert werden. Wir müssen nun prüfen, wie wir Importe aus nicht-EU-Staaten, die diese Regulierungen nicht haben, behandeln wollen. Die AfD unterstützt alle Maßnahmen, die geeignet sind, in einer ideologiefreien Debatte vernünftige Lösungen für unsere Landwirtschaft zu finden.“

**Weitere Informationen:**

- **AfD-Antrag „Schleswig-Holstein als Forschungsstandort erhalten“** DS 19/946  
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00900/drucksache-19-00946.pdf>